

Parlamentarische Bürgerinitiative

betreffend

Anerkennung des Staates Palästina durch Österreich

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Art. 10 BV-G besagt, dass die äußeren Angelegenheiten der Republik Österreich den Organen des Bundes zugeordnet sind.

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von 910 BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (*Anm.: zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.*)

Anliegen:

Der Nationalrat wird ersucht,

umgehend die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, die zur ehestmöglichen diplomatischen Anerkennung des Staates Palästina durch die Republik Österreich führen, sowie in diesem Sinne auf die österreichische Bundesregierung einzuwirken.

Begründung:

Die sog. „Zweistaatenlösung“ ist die in allen offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen sowohl Österreichs wie der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, die sich alle in zahlreichen Resolutionen zu diesem Ziel bekannt haben (zuletzt in der UN-Sicherheitsratsresolution 2334 vom Dezember 2016), anerkannte Politik. Österreich hat den Staat Israel bereits 1956 offiziell anerkannt, was wir ausdrücklich begrüßen. Eine entsprechende Anerkennung des Staates Palästina, wie sie von mittlerweile 137 UN- und 9 EU-Mitgliedsstaaten (Bulgarien, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern 1988, Schweden 2014) vollzogen wurde, steht jedoch von Seiten Österreichs noch aus.

Vor 70 Jahren erfolgte die Gründung des Staates Israel, die mit der Vertreibung hunderttausender Palästinenser*innen aus ihren Häusern und Dörfern einherging. Seit 1967 sind zudem die Gebiete, die für einen souveränen Staat Palästina laut UNO-Teilungsplan (Resolution 181 von 1947) vorgesehen bzw. nach 1949 durch die Waffenstillstandslinie („Green Line“) markiert waren – das Westjordanland, der Gazastreifen und Ost-Jerusalem –, von Israel besetzt. Das Leben der palästinensischen Bevölkerung wird durch die Besatzung in vielerlei Hinsicht erschwert und teilweise unmöglich gemacht. Die vorgesehene Zweistaatenlösung bietet die beste Grundlage für

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)

Text Bürgerinitiative, Seite 2 (Fortsetzung)

(....) ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben von Israelis und Palästinenser*innen.

Der Nahost-Friedensprozess auf Grundlage der Osloabkommen (1993 und 1995) beruht ebenfalls auf der Perspektive der Schaffung von zwei Staaten, droht aber in der derzeitigen Situation – Besatzung, israelische Siedlungspolitik, Abriegelung des Gazastreifens, Mauerbau, Änderung des Status Jerusalems usw. – endgültig zu scheitern. Nur ein entschiedenes Eintreten internationaler Organisationen, einzelner Staaten und der Zivilgesellschaft für die Umsetzung der Zweistaatenlösung lässt auf positive Veränderungen hoffen. In diesem Kontext könnte Österreich durch die Anerkennung des Staates Palästina selbst einen Beitrag zum Frieden leisten und zusätzlich neue Initiativen, wie etwa die Abhaltung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz, die für ein friedliches Umfeld in der gesamten Region sorgen könnte, anregen und tatkräftig unterstützen. Aus der Perspektive von Friedenspolitik und Konfliktbearbeitung ist ein gleichwertiger Status von Konfliktparteien eine Voraussetzung für echten Dialog und Verhandlungen. Deswegen würde die Anerkennung Palästinas durch Österreich einen Beitrag zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses bilden, ohne damit bestimmte Lösungen in konkreten Fragen vorwegzunehmen. Diese müssten in einem begleitenden Verhandlungsprozess auf gleicher Augenhöhe von den Betroffenen selbst gefunden werden.

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

Anerkennung des Staates Palästina durch Österreich

Erstunterzeichner/in

Name	Anschrift und E-Mail Adresse	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
Peter Hämmerle				

Unterstützungserklärungen:				
Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Unterschrift

Hinweis: Die vorgelegten Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind.

PARLAMENTERISCHE BÜRGERINITIATIVE

910 Bürgerinnen und Bürger

20 prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

7 Organisationen für einen gerechten Frieden in Nahost

fordern den österreichischen Nationalrat und die Bundesregierung auf,

den Staat Palästina diplomatisch anzuerkennen!

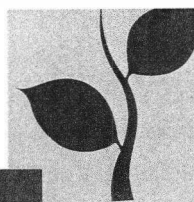
Personenkomitee zur Unterstützung der Parlamentarischen Bürgerinitiative Für die Anerkennung des Staates Palästina durch Österreich

- Marwan Abado (Komponist, Musiker und Schriftsteller)
- Daniel Barenboim (Musiker und Dirigent)
- Ewald Benes (Physiker, TU Wien, Vorsitzender der Laieninitiative)
- Karl Blecha (BM für Inneres a.D., GÖAB-Präsident)
- Muna Duzdar (NR-Abg., SPÖ)
- Franz Fischler (ehem. EU-Kommissar)
- Bernhard Heitz (emer. Bischof, Altkath. Kirche)
- Otmar Höll (Politikwissenschaftler, Universität Wien)
- Mouhanad Khorchide (Islamwissenschaftler, Uni Münster)
- Hans Köchler (International Progress Organisation)
- Herbert Kohlmaier (Volksanwalt, NR-Abg. i.R.)
- Helmut Kramer (Politikwissenschaftler, Uni Wien)
- Karl Kumpfmüller (Friedensforscher)
- Erwin Lanc (BM für Äußeres, Inneres und Verkehr, a.D.)
- Gabriele Matzner-Holzer (Botschafterin i.R.)
- Manfred Nowak (MR-Experte, ehem. UN-Sonderbeauftragter für Folter)
- Gerhard Oberkofler (Historiker, Uni Innsbruck)
- Walter Posch (Iranist und Islamwissenschaftler)
- Viola Raheb (Theologin, Uni Wien)
- Andreas Wabl (ehem. NR-Abg., GRÜNE)

Unterstützende Organisationen und Vertreter*innen:

- Pete Hämmerle, Margot Hruby (Internat. Versöhnungsbund Österreich)
- Fritz Edlinger (Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen)
- Teresa Mayr (EAPPI-Österreich)
- Meinrad Schneckenleithner (Vizepräsident), Hannes Zucali, Andreas Paul, Karl Helmreich (Pax Christi Österreich)
- Franz Sölkner (Steirische Friedensplattform)
- Christine Hödl (Palästina Solidarität Steiermark)
- Josef und Mary Pampalk (Aktivist*innen, Überwindung des Rassismus im Südl. Afrika)
- Angela Waldegg (Frauen in Schwarz Wien)

Stand: 16. August 2018



Für die Anerkennung des Staates Palästina durch Österreich

von Pete Hämmerle

Zum 70. Jahrestag der Gründung Israels und der damit einhergehenden Vertreibung hunderttausender Palästinenser*innen haben Mitglieder mehrerer Organisationen in Österreich, die sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten engagieren, eine parlamentarische Bürger*innen-Initiative gestartet. Darin wird die Anerkennung des Staates Palästina durch Österreich gefordert, wie sie bereits 1956 für den Staat Israel erfolgte. Für die Einreichung im Parlament und die Behandlung im Petitionsausschuss sind mindestens 500 Originalunterschriften wahlberechtigter österreichischer Staatsbürger*innen nötig (s. Beilage). Unterstützt wird die Initiative auch von einem Personenkomitee, das am 28. Juni damit an die Öffentlichkeit tritt.

Was steht im Text – und was nicht?

Trotz formaler Zuständigkeit der Bundesregierung wendet sich die Bürger*inneninitiative ans Parlament, weil nur so diese bestimmte Form der Partizipation möglich ist. Eine Parlamentarische Bürger*inneninitiative (BI) ist die niedrigschwellige Möglichkeit der Bürger*innenbeteiligung an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung – mit weniger Verbindlichkeit und Aufwand als ein Volksbegehren oder gar eine Volksbefragung oder –abstimmung, aber mehr als eine bloße Unterschriftenaktion. Nach der Sammlung einer ausreichenden Zahl an Unterschriften und der Einreichung der BI im Parlament wird sie dem Petitionsausschuss zugewiesen und dort behandelt. Während dieser Phase (normaler Weise einige Wochen bis Monate) wird die

BI auch auf der Webseite des Parlaments veröffentlicht und kann dort dann online von weiteren Personen unterstützt werden. Im Text wird deshalb der Nationalrat ersucht, umgehend Schritte zur ehestmöglichen diplomatischen Anerkennung des Staates Palästina einzuleiten und demgemäß auf die österreichische Bundesregierung einzuwirken.

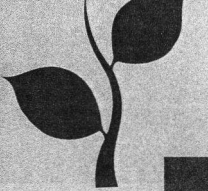
Die Begründung für diese Forderung geht zunächst auf die offiziell in allen Dokumenten und Stellungnahmen Österreichs, der EU und der Vereinten Nationen anerkannte sog. „Zweistaatenlösung“ ein. Die diplomatische Anerkennung des Staates Israel durch Österreich 1956 wird ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig wird festgestellt, dass das „Gegenstück“, die Anerkennung Palästinas, im Unterschied zu 136 anderen Staaten (darunter 9 jetzige EU-Mitglieder, die diesen Schritt teilweise noch unter anderen politischen Bedingungen 1988 vollzogen haben) noch aussteht.

Im Folgenden wird kurz auf die entscheidenden historischen Grunddaten 1947/48 (UNO-Teilungsplan, Resolution 181, Gründung des Staates Israel mit einhergehender Vertreibung palästinensischer Bewohner*innen des Landes, sog. „Nakba“) sowie 1967 (Besetzung der Gebiete jenseits der „Grünen Linie“ durch Israel, also des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ost-Jerusalems) eingegangen und deren Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung und einen für diese vorgesehenen Staat hingewiesen. Folgt man der bisher vertretenen internationalen Argumentationslinie, so bietet eine Zweistaatenlösung die geeignetste Grundlage für ein friedliches,

gemeinsames Zusammenleben in der Region. Die BI geht nicht auf andere, teils ebenfalls diskutierte Lösungsansätze wie eine Ein-Staaten-Lösung ein.

Schließlich wird auf die Gefahr des endgültigen Scheiterns jedes Nahost-Friedensprozesses, wie er u.a. in den Osloabkommen 1993 und 1995 vereinbart wurde, durch die aktuellen politischen Entwicklungen der letzten 20 Jahre verwiesen. In dieser Situation sehen die Aufrufenden nur im entschiedenen Eintreten von internationalen Organisationen, einzelnen Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen noch eine Chance für die Umsetzung einer Zweistaatenlösung. Österreich könnte in diesem Kontext durch die Anerkennung Palästinas selbst einen Beitrag zum Frieden leisten und gleichzeitig neue internationale Initiativen wie eine Nahost-Friedenskonferenz anregen und unterstützen. So müssten die wiederholten Bekenntnisse und Versprechen endlich ernst genommen werden. Aus friedenspolitischer und gewaltfreier Sicht bildet ein (halbwegs) gleichwertiger Status von Konfliktparteien eine Voraussetzung für einen Dialog auf „Augenhöhe“, weshalb eine Anerkennung Palästinas einen wichtigen Fortschritt in Richtung einer Wiederaufnahme des Friedensprozesses bilden würde. Das bedeutet nicht, bestimmte Lösungen in konkreten Fragen vorwegzunehmen, sondern überhaupt erst eine tragfähige Basis für einen Verhandlungsprozess der Betroffenen zu schaffen.

Der Text der Petition konzentriert sich stark auf einen völkerrechtlichen Standpunkt und blendet aus diesem Grund andere Aspekte aus:



PALÄSTINA

die historischen Gründe, die schließlich 1948 wesentlich mit zur Gründung des Staates Israel beitrugen, also sowohl die antisemitischen Verfolgungen von Jüdinnen und Juden in Europa seit vielen Jahrhunderten wie v.a. das Verbrechen der Shoa im ‚Dritten Reich‘; die politischen und militärischen Auseinandersetzungen um die Existenz Israels und seine Position im Nahen Osten, u.v.m.

Zum aktuellen Kontext

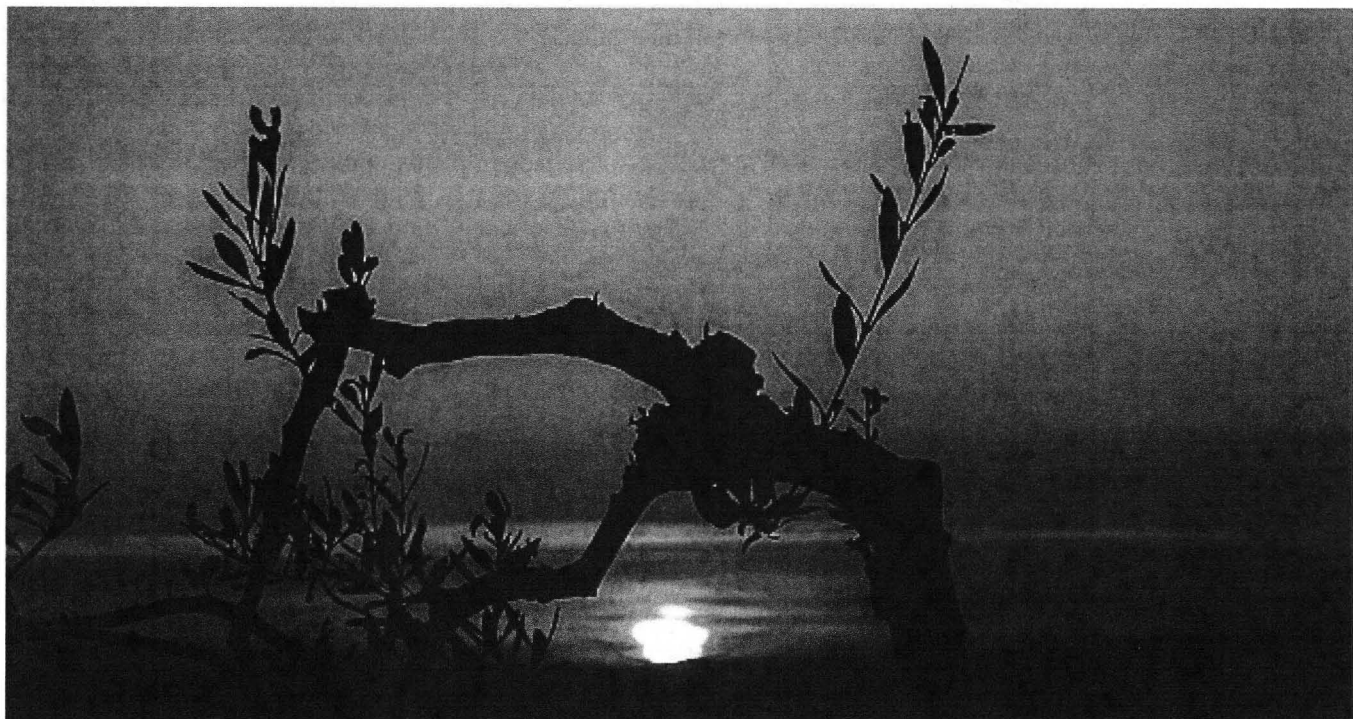
Die Argumentation aus friedenspolitischer Sicht auf einem gewaltfreien Hintergrund geht prinzipiell davon aus, dass für einen echten Dialog zwischen Konfliktparteien ein gewisses Gleichgewicht der Macht gegeben sein muss. Unter diesem Gesichtspunkt soll deshalb hier noch auf einige aktuelle Entwicklungen des Konflikts eingegangen werden.

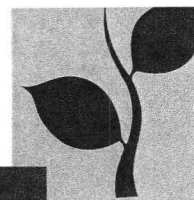
Auf der internationalen Ebene bzw. „vor Ort“ haben zwei Ereignisse die Diskussion der letzten Wochen geprägt. Einerseits die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem,

die mit einem bisher beachteten „Tabu“ gebrochen hat: dass die internationale Staatenwelt die Annexion Jerusalems und seine Beanspruchung als „ewige, ungeteilte Hauptstadt“ durch Israel nicht anerkennt, sondern den Status Jerusalems als Teil einer auszuverhandelnden Lösung des Konflikts betrachtet. Durch die Verlegung ihrer Botschaft signalisieren die USA, dass sie bereit sind geschaffene Fakten ohne das Bestehen auf weiteren Verhandlungen zu akzeptieren, und stärken damit die Position der ohnehin dominierenden Konfliktpartei.

Andererseits haben palästinensische Organisationen, v.a. im Gaza-Streifen, im Frühjahr zum „Marsch für die Rückkehr“ 70 Jahre nach ihrer Vertreibung aufgerufen. Freitag für Freitag organisierten Palästinenser*innen am Grenzzaun zwischen Gaza und Israel großteils unbewaffnete Proteste und versuchten zum Zaun vorzudringen. Seither starben weit über hundert Palästinenser*innen durch die Kugeln israelischer Scharfschützer*innen, mehrere tausend wurden

verwundet. Trotz vieler Proteste innerhalb Israels sowie von Seiten der EU und von Menschenrechts- und anderen Organisationen – v.a. mit der Begründung der Unverhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel – war die Wahrnehmung in den meisten Medien davon geprägt, dass hier „Terroristen“, aufgestachelt von der Hamas, in Massen die Grenze nach Israel stürmen wollten und der Armee daher keine andere Wahl blieb als sich zu verteidigen und scharf zu schießen. Uri Avnery, ehem. zionistischer Freiheitskämpfer und Friedensaktivist, beschreibt in einem Artikel vom 9. Juni („Are YOU Brainwashed?“, www.zope.gush-shalom.org) den Prozess der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die israelische Propaganda. Betrachtet man die Protestaktionen mit der „Brille der gewaltlosen Aktion“, so kann man darin auch einen neuen Ansatz, den Verzicht auf (Waffen-)Gewalt, erkennen, der auf längere Sicht zu einer Annäherung an eine balanciertere Machtverteilung führen könnte. Jedenfalls weisen historische Beispiele und einschlägige empirische





Untersuchungen gewaltfreien, zivilen Widerstandes darauf hin, dass der „Erfolg“ solcher Strategien wesentlich von der Entziehung der Unterstützung für gewaltsame Vorgehensweisen abhängt.

Zum Schluss sei auch noch ein kurzer Blick auf aktuelle österreichische Positionen zum israelisch-palästinensischen Konflikt geworfen. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ hat dazu geführt, dass Israel ein Einfrieren der diplomatischen Kontakte zu den von der FPÖ besetzten Ministerien (einschließlich des Außenministeriums) auf höchster Ebene beschlossen hat. Könnte das der Grund dafür sein, dass sich die ÖVP seither um eine besonders Israel-freundliche Politik bemüht? Schon die Teilnahme des österreichischen Botschafters an der Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem sorgte teilweise für Verwunderung (und hatte die zeitweise Rückbestellung des palästinensischen Botschafters in Wien zur Folge), der Besuch von Bundeskanzler Kurz in Israel (ohne den bisher üblichen Parallelbesuch in Ramallah) entlockte Israels Premier Netanjahu sogar die Aussage, dass in Österreich dzt. die Israel-freundlichste Regierung aller Zeiten an der Macht sei. Man könnte sich fragen, wie dieser Spagat zwischen Lob und Tadel überhaupt glücken kann, wenn nicht vielleicht auch noch andere Motive und (gemeinsame) Interessen im Hintergrund stehen. Jedenfalls scheinen diese Aktionen der österreichischen Außenpolitik eher eine Verschiebung der Machtverhältnisse zu Ungunsten der palästinensischen Seite zu implizieren.

Vielleicht gelingt es der parlamentarischen Bürger*innen-Initiative mit Hilfe Ihrer Unterschrift zumindest, hier einen Schritt zu einer dem Frieden dienenden politischen Konstellation beizutragen?

AKTIV SEIN IM VERSÖHNUNGSBUND!

• **MITGLIED WERDEN!** – Als Mitglied beim Internationalen Versöhnungsbund, österreichischer Zweig, setzt du ein Zeichen für die Gewaltfreiheit.

Du bekommst am Anfang des Jahres unseren Jahresbericht und vierteljährlich unsere Zeitschrift „Spinnrad“ zugesandt. Außerdem halten wir dich durch unseren monatlichen Email-Newsletter sowie durch Veranstaltungstipps auf dem Laufenden, damit du immer weißt, was bei uns im Moment los ist

- Mitgliedsbeitrag: €45, ermäßigt: €30 pro Jahr

- Bis 31. August 2018 Mitglied werden und Hildegard Goss-Mayrs Buch „Der Mensch vor dem Unrecht. Spiritualität und Praxis - Gewaltlose Befreiung“ als Willkommensgeschenk erhalten!

Mehr unter: www.versoehnungsbund.at/sommer

❖ Bist du noch kein Mitglied?

Unter www.versoehnungsbund.at/mitglied-werden/ kannst du das ändern!

❖ Du bist bereits Mitglied?

Vielleicht kennst du ja Menschen, die ebenfalls an Gewaltfreiheit interessiert sind und beim VB Mitglied werden oder das „Spinnrad“ abonnieren wollen!

• **SPENDEN!** - Eine Spende ermöglicht unsere Arbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte!

Als unabhängiger Verein wird die Arbeit des Versöhnungsbundes zum größten Teil durch Beiträge und Spenden unserer Mitglieder, Förderer und Förderinnen finanziert, dabei *zählt jeder Beitrag* (Kontoinformationen können dem beiliegenden Zahlschein entnommen werden)!

• **Möglichkeiten zur freiwilligen MITARBEIT!**

Wir freuen uns immer über Menschen, die sich mit ihren Interessen und Fähigkeiten bei uns einbringen wollen. Wir freuen uns über helfende Hände – auch wenn die Mitarbeit nur gelegentlich stattfindet. Nähere Auskünfte dazu geben wir gerne auf Anfrage!

Kontakt und Information:

Online: www.versoehnungsbund.at

E-mail: office@versoehnungsbund.at

Tel.: 01 - 408 5332

